



Schweizerisches

Sozialarchiv

Sachdokumentation

Signatur: KS 335/41a-4_2

www.sachdokumentation.ch

Nutzungsbestimmungen

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41a-4_2

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich
<http://www.sozialarchiv.ch>

erstellt: 15.05.2014



Katalogisiert

335
41a-4²
Schweizerisches
Sozialarchiv

Militarismus und Antimilitarismus

von

Dr. Karl Liebknecht

Zürich 1908. — Verlag der Buchhandlung des Schweiz. Grüttlvereins

Gewerkschaftliches Votum für Abschaffung der Bundeswehr

Saarbrücken, 17. April. (UPI) Mit der Forderung, in der Bundesrepublik den Wehrdienst abzuschaffen, ging nach dreitägiger Dauer die neunte Jugendkonferenz der Industriegewerkschaft Metall (der grössten westdeutschen Gewerkschaft) in Saarbrücken zu Ende.

jüngste Ergebnisse der Meinungsforscher: 50 Prozent der Österreicher halten militärische Verteidigung ihres Landes für sinnlos; 6 Prozent unentschieden; 44 Prozent dafür.

Am 21. April 1907 wurde die Schrift "Militarismus und Antimilitarismus" beschlagnahmt und der deutsche Kriegsminister von Einem beauftragte eine Bestrafung von Karl Liebknecht wegen seiner "hochverräterischen" Tätigkeit. Der Prozess im Oktober 1907 brachte Liebknecht ein einhalb Jahre Festungshaft. Für Liebknecht war der Militarismus die höchste Form kapitalistischer Ausbeutung und Entfremdung da er nicht nur einen äusseren Feind kenne sondern auch einen innern und die Söhne darauf abrichte auf Vater und Mutter, Bruder und Schwester auf Kommando zu schiessen. Liebknecht bemühte sich damals intensiv um den Aufbau einer int. sozialistischen Jugendorganisation, deren Hauptziel es sein sollte, eine Solidarität gegen den Militarismus zu schaffen mit dem Ziel, in der Jugend durch eine organisierte, antimilitaristische Propaganda ein antiautoritäres Bewusstsein zu schaffen, als stärkstes Bollwerk gegen die Zwingburg des Klassenstaates. Was Liebknecht forderte war nicht nur eine blosser Verteilung der Waffen, sondern die Zerschlagung der Armee und des über sie hinausgehenden Systems der Umklammerung der ganzen Gesellschaft: Zerstört die brutalen Machtmittel des Staates (Justizgewalt, Polizeigewalt, und Militärgewalt) und enthüllt die Täuschungs- und Verdummungsmittel des Staates als aufgezeuene Ideologie, die vor allem in Kirche und Schule organisiert sind. Karl Liebknecht konnte den Ausbruch des ersten Weltkrieges nicht verhindern den die deutschen Kriegsmacher angezettelt hatten, er konnte auch nicht verhindern das die sozialdemokratische Fraktion im deutschen Reichstag für die Kriegskredite stimmte, mit der Begründung "in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich zu lassen," das angeblich vom russischen Despotismus bedroht war (marschiert wurde jedoch gegen Belgien und Frankreich) Am 1. Mai 1916 rief Liebknecht auf dem Potsdamer Platz in Berlin zum letzten Mal: "Nieder mit dem Krieg", "Nieder mit der Regierung". Die militärische Mörderclique steckte ihn wieder ins Zuchthaus wie Rosa Luxemburg die gerufen hatte: "Wenn uns zugemutet wird, auf unserere französischen Brüder zu schiessen, dann sagen wir: Nein, das tun wir nicht."

Illustrationen und Texte aus folgenden Zeitungen: Tagesanzeiger, Neues Forum, Turicum, Blick, Express (Wien), Information F Div 6, Sonntags Journal, Kontakt, Die Tat, Nationalzeitung und AZ.

Zürcher Manifest
Neue Autonome Arbeitsgruppe Armee
Volksinitiative Art. 18, 41 und 34 BV

Bureau de Recherches Militaires
BRM, Postfach 366
8025 Zürich 25

Das Sündenregister der Schweiz auf diesem Gebiete ist wahrlich groß genug. Schon im Jahre 1869 wurden von der Genfer Regierung außer der Polizei auch die Milizen gegen streikende Arbeiter in Bewegung gesetzt. Im gleichen Jahre berief die Waadtländische Regierung ein zur Rebug abmarschirtes Bataillon telegraphisch zurück, versorgte es mit schwarzen Patronen und ließ es mit aufgespitztem Bajonett in die Stadt einmarschieren, in der

— 57 —

die Arbeiter streikten. Gleichfalls 1869 ließ die Baseler Regierung Truppen auf Pilette stellen, als die Seidenweberinnen zur Verbesserung ihrer erbärmlichen Lage streikten, und als im gleichen Jahre in La Chaux de Fonds ein Streik der Schalenmacher und Graveure ausbrach, versah sich die neue Bürgerregierung mit Waffen und Munition zur eventuellen Mobilisierung der Miliz.

Im Jahre 1875 kam es zum Blutvergießen. Gegen 2000 streikende Gotthardtunnelarbeiter, die sich hauptsächlich gegen das schamlose Trudsystem zu wehren suchten, wurden von der Regierung des Kantons Uri, der, wie es heißt, von den beteiligten Unternehmern hierzu 20 000 Franken zur Verfügung gestellt waren, die Milizen mobilisiert. Als Opfer der mutigen Attade blieben mehrere Leichen und etwa 15 Verwundete auf dem Schlachtfeld des Klassenkampfes. Blut floß auch im Jahre 1901 durch zwei von der Regierung des Kantons Valais gegen den Streik im Simplon aufgebundene Kompagnien. Einige Arbeiter trugen schwere Verwundungen davon. Gegen streikende italienische Maurer wurden im gleichen Jahre in Tessin zwei Kompagnien auf Pilette gestellt. Oktober 1902 ereigneten sich die bekannten Vorgänge in Genf, wo aus Anlaß des Streits gegen eine amerikanische Ausbeutergesellschaft die Arbeiter auf Befehl der Genfer Regierung zusammengejagt und =gehauen wurden. Als sich damals Wehrmänner weigerten, das Schergenamt zu übernehmen, wurden sie ins Gefängnis geworfen und ihrer bürgerlichen Rechte für verlustig erklärt. Daß sich bei diesem Anlaß auch das nicht einberufene Bürgertum im großen Umfange gegen die Arbeiter selbst bewaffnete, sei nur nebenher erwähnt. Um dieselbe Zeit etwa fand in Basel eine Streilmobilisierung der Miliz statt. Im Jahre 1904 riefen die Bauunternehmer von Chaux de Fonds gegen einen zu ihrer Verzweiflung trotz aller Herausforderungen völlig ruhigen und daher für das Unternehmertum hoffnungslosen Bauarbeiterstreik die Regierung um



militärische Hilfe an mit dem Erfolge, daß Kavallerie und ein Bataillon Infanterie prompt erschienen und durch ihre einschüchternde Wirkung die gefesselt kämpfenden Proletarier in die Fabrikstlaverei zurücktrieben. Im Jahre 1904 erfolgte auch am Aiden im Kanton St. Gallen ein Streik-Militäraufgebot, angeblich zum Schutz der ganz und gar nicht gefährdeten Obst- und Gemüseernte. Ebenso sandte St. Gallen seine Miliz nach Mohrschach, wo aus Anlaß einer Lohndifferenz in den dortigen, in Händen französischer Unternehmer befindlichen Gießereien eine aufgeregte Menge ein paar Fensterscheiben eingeworfen hatte. Sehr ernst liegt der Fall, der sich im Sommer 1906 in Zürich abgespielt hat. Dort traten, nachdem infolge der großen Teuerung aller Lebensnotdurft verschiedene Streiks mit dem Ziele einer Lohnerhöhung ausgebrochen waren, auch die Bauarbeiter zu dem gleichen Zweck in den Ausstand. Ohne jeden Grund griff die Miliz blutig ein, rückte und schlug die streikenden Arbeiter in der brutalsten Weise zusammen, idstepte besonders ausländische Streikende in die Kasernen, traktierte sie dort mit Meistreichsen, und zwar unter Aufsührung der Offiziere, und damit nicht genug: das Streikpostensuchen wurde verboten, jeder demonstrative Umzug untersagt. Die auf die schmählichen Vorgänge bezügliche Interpellation im

— 58 —

großen Rat ward zunächst auf die lange Bank geschoben und dann von der kompakten bürgerlichen Mehrheit einfach ohne Diskussion abgewürgt. Und um allem die Krone aufzusetzen: sechs von den Führern der Streikenden wurden vor Gericht gezogen, und am 24. August 1906 wurde, unter Freisprechung der übrigen fünf, Sigg wegen angeblicher Anstiftung zur Meuterei, begangen durch ein an die Milizen gerichtetes antimilitarisches Flugblatt, zu acht Monaten Gefängnis und einjähriger Entziehung des Wahlbürgerrechts verurteilt.

Mehr kann man von einer bürgerlichen Republik und einer Miliz wahrhaftig nicht verlangen.

Und diese Daten erhalten ihre besondere Beleuchtung durch die bereits in andern Zusammenhänge erwähnte Tatsache, daß im Jahre 1899 den militärisch inaktiven Schweizer Bürgern die Munition entzogen worden ist. Man sieht, dies geschah gerade zur rechten Zeit, um bei dem verschärften Massenkampf die Verwendung der Miliz im Interesse des Unternehmertums zu erleichtern.

Am 21. Dezember 1906 hat der Nationalrat mit einer Mehrheit von 65 gegen 55 in das neue Militärorganisationsgesetz eine Bestimmung aufgenommen, nach der, wenn Konflikte wirtschaftlicher Natur „die Ruhe im Innern gefährden oder stören“, das dadurch „notwendig werdende“ Truppenaufgebot einzig zu dem Zweck „der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ erfolgen darf. Das gesamte Gesetz wurde mit 105 gegen 4 Stimmen votiert. Zweifellos besagt die genannte Bestimmung nichts andres als was schon bisher die Richtschnur für das Eingreifen des Militärs bildete; sie ist also wertlos, doppelt wertlos, ja geradezu bedenklich durch die große Minorität, die sich sogar gegen sie erklärt hat.

Zunehmende

Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges

Unsichere Abschreckung

Technische Entwicklung

bedroht den Frieden

ENGELBERG (OW) — Korpskommandant Paul Gygli sorgte vorgestern in Engelberg für eine neue Haarkomödie im Schweizer Militär. Seine Opfer waren diesmal die Soldaten des Spiels des Geb Füs Bat 47, die ihrem höchsten Chef und seinen Gästen aus Frankreich ein Ständchen bringen wollten. Doch, o weh, Gygli entdeckte unter den Musikern einige langbezopfte, drehte sich erbost um und verliess demonstrativ den Platz. Dem französischen Generalstabschef Michel Fourquet blieb nichts anderes übrig, als hinter seinem Gastgeber her zurück ins Hotel Bellevue zu trotten.

C. F. Weizsäcker's pessimistische Zukunftsvision

München. — Düstere Prophezeiungen eines der prominentesten deutschen Wissenschaftlers und Friedensforschers: Professor Carl Friedrich von Weizsäcker, erklärte bei einer Pressekonferenz anlässlich der Veröffentlichung einer wissenschaftlichen Studie, daß ohne eine radikale Änderung des weltpolitischen Systems ein Weltkrieg mit Einsatz atomarer Waffen unvermeidbar sei.

Schweiz.

In der Schweiz hat sich der Antimilitarismus kräftig entwickelt mit der immer häufigeren Verwendung der Soldaten bei Streiks.

Im Oktober 1903 faßte der Stener Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie eine Resolution, die gegenüber dem Kriege den üblichen Standpunkt einnimmt und eine Militärverfassung fordert, welche „die Rechte und Pflichten des Staates und der Bürger genau feststellt“, und die Verwendung des Militärs in Streikfällen für unzulässig erklärt.

Die Unzufriedenheit mit diesem Beschluß führte im April 1904 zur Einberufung des Luzerner Parteitags, der u. a. folgende Forderungen aufstellte:

Erhebliche Reduktion der militärischen Ausgaben, Volksentscheidung über Ausgaben von mehr als einer Million, Vesserstellung des Wehrmannes in militärischer und ökonomischer Beziehung, Abschaffung der Militärjustiz, Verbot der Verwendung von Truppen bei Streiks. — Er bezeichnete es als Pflicht der Partei, mit allen Mitteln für die Erreichung dieser Postulate zu kämpfen, ohne daß die Mittel näher bezeichnet wären.

Das militärische Eingreifen bei den Streiks von Chang-de-Fonds und vom Niden regte zu einer schärferen Initiative und zu einer klareren Parole an. Erregte Versammlungen fanden statt. Das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes und die Parteileitung gaben am 15. September 1904 ein Flugblatt heraus, das folgende Sätze enthält:

„Auf alle Fälle muß aber unsern Wehrmännern zur Pflicht gemacht werden, nicht auf ihre Arbeitsbrüder zu schießen, nicht gegen diese die Waffen zu gebrauchen, bei solcher Gelegenheit nicht nur den Gehorsam zu verweigern, sondern jeden Mord mit allen Mitteln zu verhindern zu suchen. Sie handeln dann nur im Sinne unsrer Bundesverfassung: Auch der Wehrmann im Waffenrock ist in erster Linie Bürger.“

Der bald darauf abgehaltene Parteitag in Zürich nahm folgenden Antrag an:

„Die sozialdemokratische Partei fordert die Soldaten auf, bei Militäraufgeboten anlässlich von Streiks sich ihrer Solidarität mit den streikenden Arbeitern bewußt zu sein und sich nicht zu Handlungen verwenden zu lassen,

durch welche das Streik- und Versammlungsrecht ihrer Massengenossen ver-
lummert würde."

Der darauf folgende Parteitag von Genf veranlaßte den Parteivorstand,
für den nächsten Parteitag einen Beschluß zur Militärfrage vorzubereiten.

Inzwischen erhielt die antimilitaristische Agitation Organisation und
System. Im Jahre 1905 wurde eine antimilitaristische Liga der Schweiz
gegründet, die sich zur Aufgabe setzt:

1. die Arbeiterschaft darüber aufzuklären, daß die Armee innerhalb
der bürgerlichen Gesellschaft dazu dient, die Befreiung der Arbeiterschaft zu
verhindern;

2. alle Mittel zu propagieren, die geeignet sind, die Armee als Macht-
mittel der Kapitalisten unschädlich zu machen.

Ihren ersten Kongreß hielt sie im Oktober 1905 ab und verbreitete
sich seit dieser Zeit rasch. Sie gibt Flugblätter an die Arbeiterorganisationen
und Broschüren für Land- und Industriearbeiter heraus und entfaltet eine
rege Tätigkeit. Unter den Broschüren ist besonders zu nennen das weit ver-
breitete, jaß Massische Schriftchen „Der Hohn des Kapitals“.

Auf Beschluß des Kongresses in Luzern vom Januar 1906 wurde
eine Zentralbibliothek und die Uebersetzung von Hervey's *Leur Patrie* vor-
bereitet. Die Liga läßt ferner den „Vorposten“ erscheinen, der sich mit
großer Geschäftlichkeit der antimilitaristischen Agitation widmet. Zu der Frage
des Militarismus nach außen vertritt sie den vielbekämpften Standpunkt:
daß zwar die Beseitigung der Kriege mit dem Siege des Sozialismus ein-
treten werde, daß aber schon vor diesem Siege etwas gegen die „gegenseitige
Abschlachtung von Besitzlosen durch Besitzlose auf Befehl von Besitzenden“
geschehen müsse, und daß das einzige, was hier geschehen könne, die „Ver-
weigerung der militärischen Arbeitskraft“, d. h. der Militärstreik, sei. In
der Frage des Militarismus gegen den inneren Feind gilt ihm natürlich
das: „vous ne tirez pas!“ (schießt nicht!).** Selbstverständlich ist das zweite
dem Kapitalismus, gerade in der Schweiz, bei weitem unangenehmer als das
erste; dennoch entspricht es einem beliebten machiavellistischen Manöver der
Bourgeoisie, daß sie die Mühle ihrer Gegenagitation durch den „patrio-
tischen“ Wind zu treiben sucht, den sie durch enteierte Verdammung jener
„vaterlandslosen“ „landesverräterischen“ Tendenz, der „Werklosmachung nach
außen“, zu entfachen bemüht ist.***

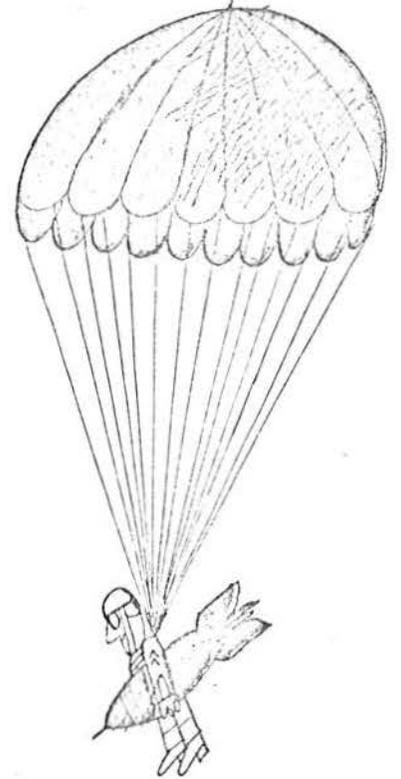
Der Parteitag zu Yverdon vom Februar 1906 zeitigte eine sehr interessante,
antimilitaristische Debatte. Es trat zutage, daß auch in der Schweiz die Idee
des Militärstreiks und der speziellen Militärdienstverweigerung gegenüber dem
äußeren Feind Anhänger hat. Folgende wichtige Resolution wurde angenommen:

1. Die sozialdemokratische Partei der Schweiz erstrebt im Bunde mit
den sozialdemokratischen Parteien der andern Länder die Abschaffung

* Die Liga besitzt ein sehr wirksames, nach der Melodie „Heil dir im
Siegerkranz“ gelungenes Bundeslied.

** Vgl. Vorposten, „Die Anträge des Parteikomitees“.

*** Vgl. Leipziger Volkszeitung vom 30. Januar 1906, „Eine Spaltung in der
Schweizerischen Sozialdemokratie?“



Die letzten strategischen Studien
von Prof. Karl Schmid (ETH Zürich)

Inflation des Wehrwillens?

Rapport der Felddivision 6

Vorgängig der Generalversammlung der Offiziers-
gesellschaft des Kantons Zürich am 9. Januar,
führte der Kommandant der Zürcher Division mit
seinen Offizieren, höheren Unteroffizieren und
Wachtmeistern den traditionellen Divisions-Rap-
port durch.

Er sprach über gewisse Anzeichen einer Inflation
des Wehrwillens, skizzierte Massnahmen zum Er-
kennen subversiver Tätigkeiten sowie zum Ein-
dämmen ihrer Ausstrahlungen und stellte die
antiautoritäre Welle und die Tendenz zum An-
archismus in den Rahmen militärpolitischer
Möglichkeiten.



EIDG. TECHNISCHE HOCHSCHULE
ZÜRICH

Abteilung für Militärwissenschaften

Erschlafft des Schweizers Wehrwille?

Direktor Wanner von der Zentralstelle für Gesamtverteidigung vor der Zürcher Offiziersgesellschaft / Soll die militärische Beeinflussung des Menschen künftig schon früher als bisher beginnen?

— 88 —

aller Kriegsmöglichkeiten und Kriegsmittel unter den zivilisierten Völkern. Sie verlangt die Erledigung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte.

2. Solange dieser Zustand nicht unter den Völkern Mitteleuropas hergestellt ist, anerkennt sie ein Volksheer mit der ausschließlichen Bestimmung der Verteidigung des Landes gegen Angriffe von außen.
3. Die Partei protestiert gegen die Verwendung von Wehrmännern bei Streiks. Da dieser Mißbrauch in den letzten Jahren tatsächlich vorgekommen ist, verlangt sie Garantien gegen dessen Wiederholung. Solange diese Garantien nicht gegeben sind, rät sie den Soldaten, wenn diesen befohlen wird, streikende Arbeiter anzugreifen oder gegen sie die Waffen zu gebrauchen, den Gehorsam zu verweigern. Die sozialdemokratische Partei wird in solchen Fällen nach Möglichkeit die finanziellen Folgen, die den einzelnen und seine Familie treffen, zu erleichtern suchen und sich zu diesem Zweck mit den gewerkschaftlichen Organisationen in Verbindung setzen. Die Partei hält dafür, daß die beste Garantie gegen die Verwendung der Truppen in Streikfällen in der Verstärkung ihrer politischen Macht in Gemeinde und Staat liege.
4. Die Partei verlangt eine auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaute Organisation des Heerwesens, die mit den demokratischen Einrichtungen im Einklange steht und der verfassungsmäßigen Rechtsgleichheit nicht widerspricht. Sie verlangt eine Verminderung der Militärausgaben und bekämpft alle Aufwendungen, die nicht unbedingt durch die Zwecke der Landesverteidigung geboten sind.

In Konsequenz dieses Beschlusses wurde die Gründung einer Widerstandskasse beschlossen.

Dieser Beschluß bezieht sich zu 1, 2 und 4 im wesentlichen mit dem Antrag, den das Parteikomitee vorgelegt hatte.* Bei Punkt 3 hingegen hat der Parteitag den Passus, der zur Gehorsamsverweigerung beim Eingreifen in Streiks auffordert, in den Antrag des Parteikomitees eingeschoben und diesen Antrag, entsprechend dem Verlangen des „Vorposten“, wesentlich verschärft und aktuell gestaltet.

Erwähnenswert sind noch die Publikationen der Studiengruppe des Arbeiter-Zirkels St. Imier, unter denen sich u. a. die brauchbare Broschüre „Die Armee und die Streiks“ befindet. — Eine gewisse Rolle spielen auch

* Ueber die Kämpfe im Parteikomitee über die Fassung des vorzuschlagenden Antrags: Leipziger Volkszeitung vom 28. Dezember 1905.

Wanner wies darauf hin, dass «neben einer kleinen, in ihrem Denken absoluten Gruppe die Schar jener Jugendlichen» heranwachsen, «welche den Militärdienst zwar nicht verweigern, ihm jedoch prinzipiell kritisch oder auch vielfach ablehnend gegenüberstehen» und die den Sinn und Zweck der Armee und der Verteidigung eines Kleinstaates in einer Welt der Massenvernichtungsmittel anzuweisen und «die Hierarchie des Militärs ablehnen».

In seinem Grundsatz-Referat, das detailliert die verschiedenen Aspekte der Gesamtverteidigung berührte, erklärte Wanner, man sei heute «versucht, ja geneigt», den altrömischen Leitsatz «wenn du Frieden willst so rüste zum Krieg» umzukehren: «Wenn du den Krieg nicht willst, bereite den Frieden vor», worunter Wanner «die Intensivierung einer Friedenspolitik aus den Bedürfnissen, Voraussetzungen und der Notwendigkeit der Gesamtverteidigung heraus» versteht.



— 89 —

«New York Times»

Die amerikanische Zeitung schreibt zu den Gesprächen über die Beschränkung der strategischen Rüstung:

«Die Gespräche über die Beschränkung der strategischen Rüstung (SALT) in Wien hinterlassen immer mehr den Eindruck von Männern, die vergebens hinter einem abfahrenden Zug herlaufen. Entwicklung und Verbreitung von neuen strategischen Systemen gehen in den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion schneller voran, als die Diplomaten Vereinbarungen über ihre Kontrolle aushandeln können.»

In den Vereinigten Staaten führt die wachsende Besorgnis im Kongress über die schwindenden Aussichten eines SALT-Übereinkommens sogar Militär-Befürworter vom Range eines Senators Jackson aus Washington dazu, eine ‚Pause‘ in der Rüstung zu fordern, bevor die Verhandlungen von den Ereignissen überholt werden.

Die Regierung Nixon hat die Erprobung und Verbreitung von offensiven und defensiven strategischen Waffen in der Annahme vorangetrieben, dass Moskau durch Besorgnis zu einer Vereinbarung gebracht werden kann, während sich zur selben Zeit die amerikanische Sicherheit erhöht. Wie vorzusehen, bestand die Antwort Russlands darin, ebenfalls für eine Verstärkung zu sorgen.»

die allerdings wohl nur in der französischen Schweiz bestehenden Jugendorganisationen. Seit 1903 wurde von einigen dieser Organisationen in Lausanne die Zeitschrift *La jeunesse socialiste* herausgegeben, die indes später den Charakter einer Jugendzeitschrift verlor. Erwähnung verdient ferner der von dem Genossen Pfarrer Pflüger in Zürich gegründete und geleitete Jungburischenverein.

Selbstverständlich hat sich in der Schweiz auch der Anarchismus dem Antimilitarismus zugewandt. Es besteht dort eine anarchistische antimilitaristische Gruppe von Genf, anscheinend für die ganze Schweiz als Einzelgruppe der internationalen antimilitaristischen Assoziation, von der unten noch zu sprechen sein wird. Der in Zürich seit 1902 erscheinende anarchistische *Wodrus* betrachtet die antimilitaristische Agitation, natürlich im anarchistischen Sinne, als eine seiner Hauptaufgaben. Es soll nicht verkannt werden, daß hier wenigstens ein proletarischer Anarchismus versucht wird, richtiger, daß die Argumentationen des *Wodrus*-Antimilitarismus zu einem guten Teil proletarische sind. Die Erfolge des schweizerischen Antimilitarismus, wie sie sich besonders bei den Genfer und Züricher Streiks zeigten, sind bereits gestreift; ebenso die daran anknißenden deutwärtigen Justizaktionen. Ergänzend sei die Weigerung zahlreicher proletarischer Milizen verzeichnet, bei dem Mauerstreik von Chaux de Fonds gegen die Streitenden zu marschieren; sechs von ihnen wurden von den Militärgerichten, trotz der „Sympathie“ der sogenannten „öffentlichen Meinung“, von der sie angeblich getragen wurden, zu immerhin ersten Strafen verurteilt.*